



## **>>> MÜNSTERANER STANDPUNKTE** zur Agrar-, Ernährungs- und Verbraucherschutzpolitik

anlässlich der Klausurtagung der Arbeitsgruppe  
Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
am 15. April 2010 in Münster

In den ersten Monaten der neuen Regierungskoalition hat die Union den Weg fortgesetzt, den sie bereits in der unionsgeführten Großen Koalition mit folgenden Grundsätzen eingeschlagen hatte: Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Agrar- und Ernährungswirtschaft und die wissenschaftlich basierte Bewertung neuer und innovativer Technologien. Im Verbraucherschutz setzen wir darauf, den Verbrauchern die Teilnahme am Markt auf Augenhöhe mit der Wirtschaft zu ermöglichen. Diesen Weg wollen wir auch in der christlich-liberalen Koalition konsequent weitergehen.

Die Union steht für eine gesunde und leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft, eine nachhaltige, umweltfreundliche und tierartgerechte Produktion, eine hohe Qualität und Sicherheit unserer Lebensmittel, für eigenverantwortliche und informierte Verbraucher sowie für zukunftsfähige ländliche Räume.

Die Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat sich daher anlässlich ihrer Klausurtagung mit Vertretern der Bundesländer mit den aktuellen agrar- und verbraucherpolitischen Herausforderungen befasst und dazu folgende Positionen festgelegt.

## 1. Rolle der Land- und Forstwirtschaft im Klimawandel objektiv bewerten

Eine Debatte auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse ist Grundvoraussetzung dafür, dass die richtigen Schlussfolgerungen für die zukünftige Ausrichtung der Agrar- und Umweltpolitik gezogen werden.

Unserer Ansicht nach steht die Landwirtschaft völlig zu Unrecht im Fokus der Klimadebatte. Sie ist ebenso wie der Forstsektor sowohl Betroffene des Klimawandels als auch Teil der Lösung. Land- und Forstwirtschaft nehmen beim **Klimaschutz eine Sonderrolle** ein:

- **Die Produktion von Nahrungsmitteln ist alternativlos.** Eine Einschränkung der Produktion in Deutschland und Europa würde nur zur Produktionsverlagerung in andere Länder führen und dies bei einem erwarteten Anstieg der Weltbevölkerung auf neun Milliarden Menschen im Jahre 2050. Um den damit verbundenen Versorgungsauftrag zu erfüllen, sind hohe Erträge auf bestehenden Ackerflächen unabdingbar.
- Land- und Forstwirtschaft sind die einzigen Wirtschaftsbereiche, die **durch die Bindung von CO<sub>2</sub> aktiv zum Klimaschutz beitragen**. Der Ersatz fossiler Rohstoffe durch nachwachsende Rohstoffe verringert die Nettoemissionen weiter. Darüber hinaus werden in jedem Jahr 17 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> in den deutschen Wäldern gebunden. Daher unterstützen wir die Einrichtung eines Waldklimafonds.

Die landwirtschaftlichen Betriebe haben in den vergangenen Jahren bereits eine ganze Palette von Möglichkeiten zur **Reduzierung der Treibhausgas (THG)-Emissionen** genutzt, z.B. in der Pflanzenzüchtung, beim Pflanzenschutz, in der Zucht und Fütterung von Nutztieren oder im Stallbau.

**Empfehlungen, den Fleischverzehr für den Klimaschutz einzuschränken**, nützen niemandem und schaden dem ausgezeichneten Ruf der landwirtschaftlichen Produktion in Deutschland. Der Verbraucher hat bereits heute die Möglichkeit, bei seiner Ernährung

ein größeres Augenmerk auf das saisonale Angebot und die regionale Herkunft der Produkte zu legen. Dies hilft der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft und dient dem Umweltschutz durch die Vermeidung von Transporten.

## 2. Auch nach 2013 verlässlicher Rahmen durch die EU-Agrarpolitik

Zu Beginn der Debatte um die Ausgestaltung der Agrarpolitik nach dem Jahr 2013 ist es unsere Aufgabe, unserer **Bevölkerung zu erklären, wozu die Mittel** der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik **auch zukünftig benötigt werden**. In einer aktuellen Umfrage haben sich 83 Prozent der Befragten für eine Beibehaltung der den Landwirten gewährten Beihilfen ausgesprochen. Dies ist ein deutliches Votum!

Unsere Land- und Forstwirte **übernehmen bereits heute viele gesellschaftlich gewollte Leistungen** im Tier- und Umweltschutz, im Verbraucherschutz und in der Erhaltung unserer Kulturlandschaft. **Nicht alle diese Leistungen werden über den Markt vergütet**. Hier muss die Gesellschaft ihren Beitrag leisten.

Die sichere Versorgung unserer Bevölkerung mit hochwertigen und gesunden Lebensmitteln und die Sicherung eines angemessenen Einkommens für die Landwirte sind **keine Aufgaben aus vergangenen Zeiten**, sondern sind zentraler Auftrag für eine zukünftige Agrarpolitik.

Nur, wenn wir als Politik die entsprechenden verlässlichen Grundlagen schaffen, werden unsere Unternehmen der Land-, Forst und Fischereiwirtschaft **auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Investitionen** vornehmen.

Wir wollen den durch die **vorangegangenen Agrarreformen eingeschlagenen Weg fortsetzen**. Wir wollen das Modell der **multifunktionalen Landwirtschaft** weiter im EU-Haushalt absichern und damit einen Beitrag zur Sicherung der Welternährung und zur Erhaltung der Vielfalt des Angebotes für die heimische Bevölkerung leisten.

Die **Gemeinsame Agrarpolitik** muss auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur Einkommensstabilisierung der Landwirtschaft leisten. Wir brauchen auch nach 2013 eine starke erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule der EU-Agrarpolitik. Dazu ist es immens wichtig, auch zukünftig das System der zwei Säulen der Agrarpolitik zu erhalten unter **Beibehaltung des heutigen Niveaus** des Agrarbudgets.

Zur Verlässlichkeit gehört es auch, darauf hinzuweisen, dass die neuen EU-Mitgliedsstaaten nach 2013 **Umverteilungen zwischen den Mitgliedsstaaten** fordern. Die **Einführung einer einheitlichen Flächenprämie lehnen wir ab**, da es aufgrund der unterschiedlichen Kaufkraft in den Mitgliedstaaten zu erheblichen Fehlentwicklungen kommen kann.

Unsere landwirtschaftlichen Betriebe erhalten die EU-Direktzahlungen heute nur, wenn sie ein umfassendes Regelwerk unterschiedlichster Vorschriften im Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz (**Cross Compliance**) einhalten. Wir setzen uns immer wieder für eine **Überprüfung dieses Regelwerkes** im Hinblick auf seine

**Praxistauglichkeit** hin ein. Überlegungen einzelner Bundesländer, die **Gewährung von Direktzahlungen zukünftig an die Teilnahme an weiteren Programmen**, z.B. im Umweltschutz, **zu binden, lehnen wir ab.**

Eine **jährliche Umschichtung** von Mitteln der 1. Säule in die 2. Säule **lehnen wir ab.**

Unser Ziel ist es, durch nationale und europäische Politik langfristig Transferleistungen für den größten Teil der landwirtschaftlichen Betriebe entbehrlich zu machen. Für den Fall außergewöhnlicher Marktkrisen sind allerdings Marktinstrumente vorzuhalten, die auf die Funktion eines **Sicherheitsnetzes** beschränkt bleiben sollten.

Die **Milchwirtschaft** ist vom Umsatz und der die Kulturlandschaft prägenden Milchviehhaltung her ein unverzichtbarer Produktionszweig in Deutschland und in der EU. Wir werden unsere Politik daran orientieren, dass Deutschland Milcherzeugerland Nummer 1 in Europa bleibt.

### **3. Die deutsche Agrarpolitik an der Wertschöpfung im ländlichen Raum ausrichten**

Wir haben die Ausgaben für die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ (**GAK**) seit Rot-Grün erheblich angehoben. Damit finanzieren wir Strukturverbesserungen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum und stärken dadurch die **Wettbewerbsfähigkeit** des Agrarstandortes Deutschland mit seinen vor- und nachgelagerten Bereichen.

Die Bewirtschaftung von 80 Prozent der EU-Fläche durch die Landwirtschaft bedeutet nicht nur eine erhebliche wirtschaftliche Leistung, sondern auch die Schaffung von **Wertschöpfung in den Regionen.**

Die Land- und Ernährungswirtschaft ist ein **Stabilitätsfaktor in der Krise**, denn die Zahl der Beschäftigten in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln hat sich als einzige Branche im vergangenen Jahr positiv entwickelt. Der Agrar- und Ernährungssektor ist eine Zukunftsbranche mit einem guten Wachstums- und Beschäftigungspotenzial!

Zu einer erfolgreichen nationalen Agrarpolitik gehört auch eine **verlässliche Agrarsozialpolitik**. Wir wollen das System der eigenständigen landwirtschaftlichen Sozialversicherungen aufrechterhalten. Dazu gehört auch das generelle Festhalten an der **Hofabgabeklausel** der landwirtschaftlichen Alterskasse bei Eintritt in den Ruhestand.

Durch die Reform der **landwirtschaftlichen Unfallversicherung** und der Herauskaufaktion von Klein- und Kleinstrenten wurden viele Betriebe bei den Beiträgen erheblich entlastet. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Mit den Mitteln der GAK haben wir auch die Versorgung ländlicher Regionen mit **Breitbandanschlüssen** verbessert. Die Verfügbarkeit moderner Kommunikationsmedien ist von größter Bedeutung zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten. Wir setzen uns für eine gleichwertige Versorgung von Stadt und Land ein. Dazu brauchen wir ei-

nen Mix der unterschiedlichen Technologien. Langfristig sollte die Priorität jedoch bei der **leitungsgebundenen Versorgung** liegen.

Um die Wettbewerbsposition unserer landwirtschaftlichen Betriebe zu verbessern, setzen wir uns für eine **unbefristete Fortführung der Steuerermäßigung bei Agrardiesel** ein, bis auf europäischer Ebene eine einheitliche Besteuerung erreicht ist.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die steuerrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass unsere meist klein- und mittelständischen organisierten Betriebe die künftig auf den Märkten zunehmenden Preisschwankungen durch **Risikorücklagen** abfedern können.

Die letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig der **Export von Produkten** der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist. Deshalb begrüßen wir die Gründung der German Export Association for Food and Agriproducts (**GEFA**) als schlanke Organisation unternehmerischer Prägung. Wir stellen die notwendigen Mittel bereit, um die Absatzförderung im Wege der Projektfinanzierung voranzubringen.

#### 4. Neue Technologien wissenschaftlich bewerten

Die Einführung **neuer Technologien**, z.B. in der Pflanzenzüchtung, sind unabdingbare Voraussetzungen dafür, um auf die Herausforderungen des Klimawandels und der wachsenden Weltbevölkerung angemessen zu reagieren.

Wir treten daher für eine **offene, wissenschaftlich begründete** Diskussion über neue Züchtungsmethoden ein, egal ob es sich um Smart Breeding, die Cisgen- oder die Grüne Biotechnologie handelt.

Wir sprechen uns weiter dafür aus, die **Entscheidung über den Anbau** von gentechnisch veränderten (gv)-Pflanzen ausschließlich auf der Basis wissenschaftlicher Bewertungen durchzuführen. Dabei sind immer auch der maximale Schutz des Verbrauchers und die Erhaltung der Wahlfreiheit von Landwirten und Verbrauchern zu beachten.

Grundlage für den Anbau von gv-Pflanzen in Deutschland bilden das Gentechnikgesetz und die darin festgelegten Vorgaben für die **Koexistenz**. Weitergehende Auflagen sind nicht zu tolerieren.

Wir treten dafür ein, eine für Wirtschaft und Überwachung praktikable Anwendung der im EU-Recht festgelegten **Nulltoleranz** für nicht in der EU zugelassene gentechnisch veränderten Organismen zu ermöglichen, und zwar für Futtermittel und Nahrungsmittel.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Positivkennzeichnung (Prozesskennzeichnung) auf europäischer Ebene ein, um eine für den Verbraucher umfassende Transparenz im Sinne von Klarheit und Wahrheit zu ermöglichen.

#### 5. Förderung regenerativer Energien praxisgerecht ausgestalten

Wir begrüßen die Überprüfung der Fördersätze für Photovoltaik-Anlagen insbesondere für Freiflächenanlagen. Zukünftig darf es

**keine Vergütung mehr für PV-Freiflächenanlagen auf Landwirtschaftlichen Nutzflächen** geben, da diese die Nutzungskonkurrenz um die zur Verfügung stehende Ackerfläche weiter verschärfen. Außerdem findet durch Großprojekte oft ein Transfer weg vom bäuerlichen Eigentum hin zu Großinvestoren statt.

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe zur stofflichen und energetischen Verwertung eröffnet den landwirtschaftlichen Betrieben alternative Erwerbsmöglichkeiten. Dennoch gibt es auch bei der Förderung von **Biogas-Anlagen Korrekturbedarf**. Wir wollen bei der Biomasse-Verstromung zukünftig organische Reststoffe gegenüber nachwachsenden Rohstoffen stärker gewichten und den Schwerpunkt auf die Förderung dezentraler Anlagen legen.

Um die **Wettbewerbsfähigkeit von Biokraftstoffen** zu gewährleisten, wollen wir alle Möglichkeiten der EU-Energiesteuer-Richtlinie nutzen, um die Besteuerung der Biokraftstoffe abzusenken. Alternativ ist eine Anhebung der Gesamtmarktquote für Biokraftstoffe zu prüfen. Ziel bleibt eine europaweit einheitliche Besteuerung.

## 6. Lebensmittelkennzeichnung verbessern

Die Verbraucher in Deutschland profitieren von einem hohen Qualitäts- und Sicherheitsniveau unserer Lebensmittelproduktion. Um eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu ermöglichen, ist uns eine klare **Lebensmittelkennzeichnung** sehr wichtig.

Wir setzen uns daher für übersichtliche Informationen auf der Verpackung über Nährwerte, Inhaltsstoffe und Abdeckung des Tagesbedarfs auf der Grundlage einheitlicher Bezugsgrößen ein. Die **Ampelkennzeichnung** hat keine Mehrheit in Europa und ist kein geeignetes Mittel, dem mündigen Verbraucher Kenntnisse über die Zusammensetzung von Lebensmitteln und eine gesunde Ernährung zu vermitteln.

Wir wollen eine bessere Transparenz bei der **Herkunftskennzeichnung**. Unser Ziel ist eine optionale nationale und praxistaugliche Herkunftskennzeichnung in Abgrenzung vom Verarbeitungsort.

Wir wollen mehr Klarheit bei Zutatenlisten und Bezeichnungen, um zu verhindern, dass dem Verbraucher beispielsweise Käse oder Milchprodukte vorgegaukelt werden, die gar keine sind. **Wenn Imitate drin sind, muss dies auch drauf stehen!**

Um Verbrauchern nachhaltigen Konsum einfach zu machen, sollen sie mehr Informationen darüber erhalten, unter welchen Bedingungen die Lebensmittel produziert wurden (Zweites Preisschild). Wir setzen dabei auf **freiwillige Siegel der Wirtschaft**, die internationale Sozial-, **Nachhaltigkeits- und Tierschutzstandards** wiedergeben und die Entwicklung glaubwürdiger Kennzeichnungen für **umwelt- und klimafreundliche Produkte**.

## 7. Mit Prävention Fehl- und Mangelernährung, Übergewicht und Bewegungsmangel insbesondere bei Kindern und Jugendlichen vorbeugen

Wir fordern eine stärkere ressortübergreifende Koordinierung aller Maßnahmen der Bundesregierung gegen Fehl- und Mangelernährung im Rahmen des **IN FORM**-Programms des BMELV.

Mit der verstärkten Ausgabe von **Schulmilch** kann ein bedeutender Beitrag für eine gesunde Schulverpflegung geleistet werden. Wir bedauern es daher sehr, dass sich die meisten Bundesländer gegen eine Beteiligung am Schulmilchprogramm der EU ausgesprochen haben.

Die Durchführung eines **Pilotprojektes in Nordrhein-Westfalen** zur Versorgung von Grundschulen mit Schulmilch wird von uns ausdrücklich begrüßt.

## 8. Anlegerschutz vorantreiben

Verbraucher sind heute mit immer komplexeren Kaufentscheidungen bei **Finanz- und Versicherungsprodukten** konfrontiert. Daher haben gerade hier Transparenz und Sicherheit für uns oberste Priorität. Verbraucher müssen künftig besser vor vermeidbaren Verlusten und falscher Finanzberatung geschützt werden.

Wir fordern weitere Maßnahmen im Bereich des **finanziellen Verbraucherschutzes** in Ergänzung zu den bereits angekündigten bzw. umgesetzten Verbesserungen. Dazu gehören

- Warnungen vor unseriösen Finanzprodukten analog der Regelungen im Lebensmittelsektor;
- Etablierung des kollektiven Verbraucherschutzes als eigenständiger Aufgabenbereich;
- Verbindlichkeit der Schiedssprüche für Banken und Kreditinstitute bis zu einem bestimmten Streitwert;
- gesetzliche Verankerung eines neuen Berufsbildes des unabhängigen Honorarberaters als Alternative zur bisherigen Finanzberatung auf Provisionsbasis;
- Einführung eines Qualifikationsnachweises für Finanzvermittler sowie weiterer Vorgaben.

## 9. Unter fairen Bedingungen Chancen der digitalen Welt nutzen

Vertrauenswürdigkeit und Seriosität stehen vor allem im Umgang mit dem Internet im Vordergrund. Unsere Kernziele sind daher faire Zugangsbedingungen, die Sicherheit von Daten sowie der Schutz vor Belästigungen und Betrügereien.

Um die Internet-Abzocke zu minimieren, wollen wir eine Pflicht zur nochmaligen Bestätigung von Vertragsabschlüssen im Online-Handel („**Button-Lösung**“) einführen.

Für uns muss die Selbstbestimmung der Verbraucher über ihre Daten im Zentrum eines modernen **Datenschutzes** stehen. Eine Weiterleitung und Kommerzialisierung privater Daten darf nur mit Zustimmung der betroffenen Personen erfolgen. Gleichzeitig müssen vor allem jungen Menschen die Risiken einer Preisgabe privater Informationen im Internet verdeutlicht werden.

Als Unterscheidungsmerkmal und als Werbemittel für seriöse und kundenfreundliche Anbieter im Internet fordern wir die Einführung eines „**Online-Engels**“ unter klar vorgegebenen Kriterien.

## 10. Evaluation des Verbraucherinformationsgesetzes aktiv begleiten

Die Schaffung des Verbraucherinformationsgesetzes war einer der verbraucherpolitischen Kernerfolge der letzten Legislaturperiode. Die Verbraucher haben erstmals einen gesetzlich geregelten Anspruch auf Informationen.

Eine erste Bilanz der Anfragen weist auf eine verbraucherfreundliche und praxisnahe Ausgestaltung des Gesetzes hin. Dennoch werden wir das Gesetz intensiv auf seine Wirksamkeit überprüfen und bei Bedarf nachbessern.

Münster und Berlin, 15. April 2010



**CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG**

Herausgeber: CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
11011 Berlin

Text: Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz

Foto: Luftbild Innenstadt Münster  
ChrisV (wikimedia.org)